

GROSSER RAT

VORSTOSS

Interpellation von Elisabeth Burgener Brogli , SP, Gipf-Oberfrick, vom 17.11. 2015 betreffend Überprüfung des 2-er-Vorschlages der NAGRA für ein geologisches Tiefenlager und betreffend den geplanten Sondierbohrungen

Text und Begründung:

Nach dem Entscheid der NAGRA, Ende Januar 15, nur noch 2 Standortgebiete für ein geologisches Tiefenlager – eines davon Jura Ost / Bözberg – vertieft zu untersuchen, ging ein Sturm der Entrüstung durch unseren Kanton. Vom Regierungsrat bis zur direkt betroffenen Bevölkerung in der Region Bözberg war das Unverständnis gross. „Wir wollen kein Endlager im Kanton Aargau,“ liess Regierungsrat Stephan Attiger klar verlauten. Und der Ammann der Gemeinde Bözberg stellte kürzlich in einer öffentlichen Veranstaltung klar: „Der Gemeinderat ist einstimmig gegen ein geologisches Tiefenlager.“

Mittlerweile sind einige Monate vergangen und die Regierung hat keine Stellung mehr bezogen, obwohl entscheidende Vorarbeiten im Gange sind, die auch für die Betroffenen und die Öffentlichkeit wichtig und bedeutungsvoll sind.

Zum einen hat der Regierungsrat Ende Januar versprochen sicherzustellen, dass der umstrittene 2-er-Entscheid - in der Arbeitsgruppe „Sicherheit der Kantone“ - überprüft wird. Noch haben wir aber nichts gehört; auch keine Zwischenbilanz wurde an uns herangetragen.

Zum andern wird die NAGRA in den kommenden Monaten Gesuche für sieben bis acht Sondierbohrungen pro vorgeschlagenem Standortgebiet einreichen, worauf in einer 30-tägigen Auflagefrist Einsprachen erhoben werden können. Und dies, obwohl das ENSI die Unterlagen der NAGRA, die zum 2-er-Entscheid führten, als zu unvollständig beurteilte.

Ausgehend von dieser unklaren und unbefriedigenden Situation wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wo stehen die Überprüfungen des 2-er-Entscheides der Arbeitsgruppe „Sicherheit der Kantone“?
2. Wann dürfen wir mit Ergebnissen oder mindestens einer Zwischenbilanz rechnen?
3. Wie schätzt der Regierungsrat die momentane Situation ein?

4. Was gedenkt der Aargauer Regierungsrat - nach seinen klaren Worten Ende Januar und unabhängig der interkantonalen Überprüfung - gegen einen Endlagerstandort für Atommüll im Aargau zu unternehmen? Wann dürfen wir mit einer Stellungnahme rechnen?
5. Wie steht der Regierungsrat zur Kritik des ENSI gegenüber der NAGRA? Was gedenkt er diesbezüglich zu unternehmen? Wie plant er die Kritikpunkte in seine Überlegungen ein? Wie gewichtet er sie?
6. Hat die ENSI – Nachfrage an die NAGRA nach weiteren Unterlagen zum Standortvorentscheid Auswirkungen auf den geplanten Zeitplan?
7. Zu den Probebohrungen: Wann genau werden die definitiven Standorte kommuniziert?
8. Wie genau läuft das Einspracheverfahren? Wer ist einspracheberechtigt? Wie sind die Einsprachefristen?
9. Wie lange soll eine Sondierbohrung vor Ort konkret andauern? Mit welchem Flächenbedarf pro Bohrplatz ist zu rechnen? Wie hoch (in Metern) und wie einsichtig muss man sich die Installation eines solchen Bohrplatzes in dieser schönen Landschaft im weiteren Umfeld des Jurapark Aargau vorstellen?
10. Welche Rolle wird der Regierungsrat rund um diese Sondierbohrungen einnehmen? Gedenkt, er mit der betroffenen Bevölkerung in Kontakt zu treten? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?